

Auf den Beitrag von Knut Mellenthin (ND-Forum vom 6./7. Juli) zur PDS-Europapolitik antwortete im ND vom 20./21. Juli Sylvia-Yvonne Kaufmann. M.E. bestätigt ihre Replik *praktisch* viele Kritikpunkte Mellenthins, die sie eigentlich bestreiten will.

S. K. schreibt, es gehe der PDS nicht um eine „abstrakte Europa-idee“. Danach entwickelt sie die „Vision eines ganz anderen Europas“: „friedlich, ohne Rüstungsproduktion und Militär; gerechte Verteilung der produzierten Werte und versöhnt mit der Umwelt;... eine effektive europäische Wirtschaft, die nicht dem Profit gehorcht; ein solidarisch mit den Völkern der südlichen Hemisphäre verbundenes Europa.“ Wenn diese Forderungen auch nur einigermaßen ernst gemeint sind, ist mit ihnen keine „Politikfähigkeit“ – wie das immer in der PDS heißt – möglich. Denn „natürlich wird sich die Vereinigung Europas unter der Vorherrschaft des Kapitals vollziehen“ (S.K.).

Schließlich wendet sich S. K. gegen den Vorwurf, die PDS würde „den Stand der Dinge nicht scho-

Nochmals zur Europa-Politik der PDS. Eine Replik auf Sylvia-Yvonne Kaufmann

## ***Vor lauter „objektiven Prozessen“ das handelnde Subjekt vergessen***

nungslos zur Kenntnis“ nehmen. Auch diesen Vorwurf bestätigt sie, wenn sie schreibt, „drastische Abrüstung... in Europa, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, Abzug aller ausländischen Truppen, rigorese Kürzung aller Rüstungsausgaben – das sind heute keine Fiktionen mehr, sondern Forderungen, die das Überleben der Menschheit diktiert.“ Real findet eine drastische einseitige Abrüstung der Staaten der ehemaligen Warschauer Vertragsorganisation und ein einseitiger Truppenabzug der Sowjetunion statt. Die US-Truppen bleiben hier und auch die imperialistischen EG-Staaten rüsten, auch wenn sie abspecken, weiter auf. Daran zeigt sich, daß das – von S. K. zum handlungsfähigen Subjekt erhobene – „Überleben der Menschheit“ durchaus keine allgemeine Abrüstung „diktiert“. An dieser Wirklichkeit drückt sich die PDS-Bundestagsgruppe vorbei, wenn sie meint, es gelte, „vor den

Gefahren zu warnen und die Chancen zu nutzen“. Das ist undialektisches Einerseits-Andererseits-Denken statt „konkreter Analyse der konkreten Situation“ (Lenin).

Weiter verteidigt S. K. die Modrow-Initiative mit den Worten: „Im Januar 1990 war klar, daß die DDR... objektiv keine Existenzgrundlage mehr hatte.“

Moment mal: „objektiv keine Existenzgrundlage“, „ändert nichts daran, daß die Vereinigung Europas auf der Tagesordnung steht“, „Forderungen, die das Überleben der Menschheit diktiert“, „Vereinigung Europas als objektiver Prozeß“ etc... Ist das nicht – nur umgedreht – noch der alte Geschichtsdeterminismus des (post)stalinistischen Denkens?

Diejenigen in der PDS, die in dieser Art fast immer „objektive Prozesse“, aber selten handelnde Subjekte sehen, scheinen die gegenwärtigen Verhältnisse vor allem für ein „Mißverständnis“ zu halten.

Sie plädieren deshalb für „Aufklärung“, „abgewogene Forderungen“, „Kompromisse“ und vor allem „Konstruktivität“. Die anderen gehen davon aus, daß die gegenwärtigen Verhältnisse Herrschaftsverhältnisse sind; daß die Widersprüche also nicht ausgeglichen oder reine ideologische Phänomene sind. Diese wurzeln vielmehr in den unterschiedlichen sozialen Interessen zwischen den ProfiteurInnen von Klassen-, Männer- und rassistischer Herrschaft einerseits und deren Opfern andererseits.

Vom Herrschafts- und interessenbedingten Charakter der gegenwärtigen Verhältnisse auszugehen bedeutet nicht, den Kampf um Reformforderungen oder den Versuch „möglichst viel DDR hinüberzuretten“ abzulehnen. Sondern die Differenz bezieht sich auf zwei Fragen: Wie ist Reformpolitik zu betreiben? und: Reicht Reformpolitik aus?

Speziell für die Europapolitik heißt das: das rechtswidrige (oh,

wah!) Verstecken und Schützen von Flüchtlingen, die im Zuge der Vereinheitlichung der EG-„Ausländer“-Politik abgeschoben werden sollen, zu unterstützen; die internationale Zusammenarbeit von KollegInnen gegen ihre Konzerne zu organisieren (notfalls auch an den Gewerkschaftsbürokratien vorbei); Unterstützung der BäuerInnen, die von der an Großbetrieben und industrieller Nahrungsmittelproduktion orientierten EG-Politik in den Ruin getrieben werden etc.

Dabei geht es dann auch darum, mit welchen Gestus mensch Reformpolitik betreibt. Wird diese konkrete Reformpolitik willkürlich mit der „Vision eines ganz anderen Europas“ oder eines „anderen Deutschlands“ verknüpft oder wird eine solche Reformpolitik in ihrer Begrenztheit (und trotzdem Notwendigkeit) erkannt und benannt? Die Differenz bei der Bewertung der Modrow-Initiative ist

also nicht die, ob es richtig war, „möglichst viel DDR hinüberzuretten“, sondern die, ob dieser Versuch sinnvollerweise unter der Überschrift „Deutschland, einig Vaterland“ zu unternehmen war.

Brecht jedenfalls forderte, nicht nur anderes zu reden als die Herrschenden, sondern auch anders. D.h. sozialistische Reformpolitik hat im Gegensatz zu sozialdemokratischer nicht nur teilweise einen anderen Inhalt, sondern auch eine andere Methode.

Ob Reformpolitik allein ausreicht? Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Herrschenden ihre Privilegien und ihre Machtstellung freiwillig räumen, daß sie sich einfach systemüberwindend *wegreformieren* lassen. Eine Welt, die der „Vision“ von Sylvia-Yvonne Kaufmann gerecht wird, läßt sich nur im qualitativen – mensch kann auch sagen: revolutionären – Bruch mit dem Beharrungsinteresse der Herrschenden erkämpfen. Seien wir konstruktiv nur zur Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft und destruktiv zu den HERRschenden Verhältnissen!

DETLEF SCHULZE

27./28. Juli 1991 S. 10